

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

N^o 57.

Freitag, den 26. Februar.

1847.

Bekanntmachung.

Zum Besten der hiesigen Armen soll **Sonnabend den 27. Februar:**

Der Weiberfeind, Lustspiel von Benedix,

und

Der Doctor und der Apotheker, Oper von Dittersdorf,

auf hiesigem Stadttheater aufgeführt werden. Indem wir diese Vorstellung der regen Theilnahme des Publicums angelegentlich empfehlen, bemerken wir, daß Herr **Otto Keilberg** (Firma Dürbig & Comp.) die Güte gehabt hat, sich dem Cassengeschäft zu unterziehen, und daß der Verkauf der Billets, so wie die Annahme von Bestellungen darauf an der Theatercasse statt finden.

Leipzig, den 21. Februar 1847.

Das Armendirectorium.

Außerordentlicher Landtag.

Sitzung der zweiten Kammer am 23. Februar.

Gegenwärtig: die Staatsm. v. Falkenstein, v. Zeschau, v. Carlowitz und v. Könniger, ingleichen der Königl. Com. missar v. Ehrenstein. Zuerst nimmt das Wort der Vice-Präsident v. Thielau: Man wünsche, daß der Bau der Göltzschthalbrücke nicht eher ausgeführt werde, als bis die Regierung der Ständeversammlung das Resultat ihrer letzten Erörterungen vorgelegt habe. Die bayerische Regierung habe an dieser Ueberbrückung nicht das allergeringste Recht, sie habe bloß darauf zu dringen, daß der Verkehr hergestellt werde; hätte die Gesellschaft diese Verpflichtung nicht gehabt, so hätte sie dieselbe auch der Regierung nicht auferlegen können. Aus der Annahme des Hauptantrags der Deputation folge nur, daß der Bau ausgeführt werden müsse, aber über die Mittel dazu müßten die Stände jedenfalls noch cognosciren. Wollte man auf des Dr. Schaffrath Anträge eingehen, so müsse der ganze Bau sistirt werden. Aber eine ganz andere Sache sei es, wenn die Kammer beschliesse, daß der Göltzschthalbau nicht eher angegriffen werden soll, als bis man wisse, daß es nicht möglich sei, einen andern Ausweg zu finden; bis dahin könne man wohl den Anspruch über 4 Millionen zurückhalten. Habe die Regierung die Ueberbrückung einmal beschlossen, so müßten auch die Mittel dazu geschafft werden, sie habe das Recht zu jener; die Stände hätten keine Cognition darüber, wenn auch die Regierung jenen Bau noch vor dem nächsten Landtage beginne. Zur Göltzschthalbrücke möge er keine Bewilligung geben, ehe er nicht die genauesten Vorschläge habe. Er erblicke in dieser Ueberbrückung einen Uebelstand; auf dieser schwindelnden Höhe könnten Nachfahrten, die man doch werde einführen müssen, nicht stattfinden; sehr ungewiß sei es aber, ob der ganze Bau haltbar eingerichtet werden könne. Was denn verloren sei, wenn die Stände von den Enduntersuchungen Kenntniß haben wollten? Die Regierung wolle ja selbst ein Interimisticum herstellen, daher könne jene Verzögerung nichts schaden, sondern sei wichtig fürs Land, da man dann erst nichts schaden, sondern sei wichtig fürs Land, da man dann erst den Vortheil oder Nachtheil jenes Projects kennen lerne. Trenne man den Brockhaus'schen Antrag nicht, so werde er für den des Dr. Joseph stimmen. Die Regierung wolle ja selbst nichts anderes, als Schienengleise, und das seien ja die Pferdebahnen. Werde ein Beschluß darauf bei nächster Ständeversammlung zurückgenommen, so sei das kein großes Unglück, ein größeres aber,

wenn der Bau mißlingt und 3 bis 4 Millionen weggeworfen würden; mit Unsicherheit möge man kein solches Riesenwerk angreifen, um beim Mißlingen nicht zuletzt gar noch sich ein dementi zu geben. Dr. Plazmann meint, die Kammer gerathe mit sich in Widerspruch, wenn sie den Antrag des Abg. Brockhaus annehme. Möchte man sich doch hüten, über einen Punct zu entscheiden, über den man kein competentes Urtheil habe. Der Abgeordnete macht noch einige Bemerkungen über „gesunden Menschenverstand“ und die Verschiedenheit der Ansichten, worauf Georgi den Antrag Brockhaus' bekämpft. Wollte man die Ueberbrückung der Elster in Frage stellen, so könne auf dem ganzen Tracte von Reichenbach bis Plauen nichts gethan werden; daß das nicht im Interesse des Staates liege, dürfe wohl nicht erst nachgewiesen werden. v. Zeschau hat sich durch eigenen Augenschein über das Göltzschthal informirt und giebt ein Resumé seiner Reiseerfahrungen, die ihn auch der Pferdebahn geneigt machen. Staatsm. v. Zeschau: Wenn die Kammer sich seiner Erklärung (vom 20. ds.) erinnere, so werde sie sich überzeugen, daß die Anträge mit den Absichten der Regierung auf Eins hinausliefen, da sie ja noch eine ganz genaue Prüfung anstellen lassen wolle und inzwischen immer ein Interimisticum nothwendig werde, während dessen der nächste Landtag herankommen könne. Es sei in der That keine gleichgültige Sache, den Bau auszuführen, da er, selbst wenn er vollkommen gelinge, doch so vielen Zufällen ausgesetzt sei. Hauptsächlich werde man dabei die größten Höhen vermeiden müssen. Auch könne sich ja ergeben, daß, wenn auch nicht ein minder kostspieliger, doch ein minder gefährlicher Weg gefunden werden könne. Jetzt lasse sich die Sache nicht übersehen, man möge daher weiter keine Anträge an ein Ministerium stellen, welches erst in diese Sache hineintrete. Jani hat diese Erklärung mit wahrer Beruhigung vernommen; Schmidt ist noch nicht zufriedengestellt damit. Der Deputationsantrag erscheine ihm wie ein Blanquet, welches die Stände unterschreiben sollten, damit es die Regierung dann beliebig ausfüllen könnte; gebe man die Vollmacht aus den Händen, so könne die Regierung den Bau fortführen und vollenden. Nachdem er noch den Abg. Plazmann widerlegt hat, bemerkt er noch: Jeder Fehler in der Verwaltung räche sich in der Zukunft; diese richte darüber und werde es in diesem Falle auch thun. Ziegler theilt die Besorgnisse wegen des Angstpunctes. Der vorliegende Kostenschlag werde bei Weitem nicht zureichen,